

Sattler-Zeitung

Nr. 18.

Berlin, den 7. September 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6519)
80 Pfg. bei Rufendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Sassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 16.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 782.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Bekanntmachung.

In Ausführung des in Nr. 15 der Sattlerzeitung (15. Juni 1901) gemachten Vorschlages ordnen Zentralvorstand und Ausschuss eine **Urabstimmung über Erhöhung der Beiträge** an. Dieselbe ist in der Zeit vom **28. September bis einschließlich 12. Oktober** vorzunehmen.

Die Abstimmung geschieht mit Benutzung von Stimmzetteln, die vom Zentralvorstand an die Verwaltungsstellen und Einzelmitglieder verandt werden.

Die Stimmzettel sind mit Berücksichtigung der in der Diskussion geäußerten Ansichten angefertigt und haben folgenden Wortlaut:

Verband der Sattler und verwandten Berufsgenossen.

Urabstimmung über Erhöhung der Beiträge (vorzunehmen vom 28. September bis 12. Oktober).

Das Nichtzutreffende ist zu durchstreichen!

1. Ich stimme für Erhöhung der Beiträge.
gegen

Zur Beachtung: Auch diejenigen Mitglieder, die gegen eine Erhöhung stimmen, haben das Recht und die Pflicht, nachstehende Fragen zu beantworten, da sie im Falle der Annahme der Erhöhung ebenfalls verpflichtet sind, den erhöhten Beitrag zu zahlen.

2. Ich stimme dafür, daß mit der Beitragserhöhung die Arbeitslosen-Unterstützung ins Leben tritt.
dagegen.

3. Falls die Erhöhung unter Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschlossen wird, erkläre ich mich für eine Erhöhung um 10 Pfg. pro Woche; falls die Erhöhung ohne Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschlossen wird, erkläre ich mich für eine Erhöhung um $\frac{5}{10}$ Pfg. pro Woche.

4. Die Beitragserhöhung soll am 1. November 1901 in Kraft treten, und, falls die Einführung derselben beschlossen wird, an demselben Tage des nächsten Jahres die Arbeitslosen-Unterstützung.
1. Januar 1902

5. Falls die Erhöhung der Beiträge beschlossen wird, bin ich dafür, daß es im § 15 unseres Statuts heißen soll: „Zur Bestreitung der Ortsausgaben dürfen: bei einer Erhöhung um 5 Pfg. $\frac{1}{4}$ der Einnahmen (statt bisher $\frac{1}{8}$), bei einer Erhöhung um 10 Pfg. $\frac{1}{2}$ der Einnahmen am Ort behalten werden.“
dagegen.

Anmerkung: Die Fragen 1 (Erhöhung der Beiträge) und 2 (Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung) gelten nur dann als bejaht, wenn sie $\frac{2}{3}$ Majorität erreichen, bei den übrigen Fragen gilt die einfache Mehrheit.

Jede Verwaltungsstelle erhält eine Liste überandt, in welche sie die stimmberechtigten Mitglieder, also solche Mitglieder, die wenigstens 6 Wochen Mitglied sind und mit ihren Beiträgen nicht mehr als 10 Wochen, bei bewilligter Stundung nicht mehr als 15 Wochen im Rückstande sind, einzutragen hat.

Die Abstimmung ist gemäß § 23 des Statuts in einer genügend bekannt zu gebenden Mitglieder-Versammlung vorzunehmen. Jedem anwesenden stimmberechtigten Mitgliede ist ein Abstimmungszettel zu übergeben; bei Rückgabe des Wahlzettels wird in der Liste neben dem Namen des Abstimmenden ein Zeichen gemacht.

Liste und Stimmzettel sind sofort nach erfolgter Abstimmung an den Zentralvorstand einzusenden.

Die stimmberechtigten Einzelmitglieder erhalten ihre Stimmzettel vom Hauptkassirer zugesandt.

Der Vorstand.

S. A.: Joh. Sassenbach.

Der Ausschuss.

S. A.: Peter Blum.

Der geplante Brotwucher.

J. S. Die Junker haben von jeher andere für sich arbeiten lassen, ihre Lebensaufgabe hat nur in Herrschen und Genießen bestanden. Was das Herrschen anbetrifft, so ist es einigermaßen gelungen, ihre unverkündeten Ansprüche zurückzuweisen, obgleich auch heute noch der Einfluß dieser Leute ein unberechtigt großer ist. Auch im Genießen ist ihnen einigermaßen Einhalt getan; die Leibeigenschaft und die Frohnarbeit sind aufgehoben, sie haben nicht mehr ohne Weiteres das Privilegium, auf Kosten anderer zu leben; aber was sie nicht mehr auf direktem Wege haben können, möchten sie auf indirektem Wege nehmen. Früher hat der einzelne Junker einen beschränkten Kreis von Leibeigenen und Bauern für sich arbeiten lassen, heute verlangt man, daß ein Jeder bei jedem Bissen, den er zu sich nimmt, den Junkern seinen Tribut zahlt. Unser System der Zölle und indirekten Steuern ist nicht nur deshalb eingeführt worden, um Geld zur Deckung der Staatsausgaben zu erhalten, sondern auch deshalb, damit mangels Einfuhr aus dem Auslande für die inländischen Produkte, besonders für die notwendigen Nahrungsmittel, mehr bezahlt werden muß. Der Deutsche hat bisher bei jedem Bissen, den er in den Mund steckt, gleichzeitig den Junkern einige Pfennige in die Tasche gesteckt.

Jetzt will man diese Abgabe noch erhöhen. Ist bisher schon für jeden Zentner Korn 3,50 Mk. an Zoll bezahlt worden, eine Abgabe, die nicht das Ausland, sondern die Effer zahlen, so verlangt man jetzt diese Abgabe noch zu erhöhen. Man möchte diese Steuer an die Junker von 3,50 Mk. auf 8 Mk. erhöht haben und die Regierung ist auch bereit, den schreienden Junkern entgegen zu kommen, wenn auch nicht in der geforderten Höhe; statt mit einer Erhöhung auf 8 Mark, erklärt man sich mit einer Erhöhung auf 5 Mark einverstanden. Auf jeden Fall will man das tägliche Brot verteuern.

Die Arbeiter können sich das nicht gefallen lassen, sie müssen mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, der anerkannt einigste deutsche Arbeiterpartei, hat nun als wirkungsvollstes Mittel eine Petition folgenden Inhalts in Umlauf gebracht, um die Meinung der Arbeiter, überhaupt der weitesten Volksschicht, Ausdruck zu geben. Die vorgeschlagene Petition lautet:

„Die Nachricht, daß die verbündeten Regierungen in dem Entwurf eines Zolltarifgesetzes eine abermalige und sehr erhebliche Erhöhung der Getreidezölle und dementsprechend eine Erhöhung der Getreidezölle vorgeschlagen, hat bei den ergebnislos unterzeichneten die lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Die Brot- und Lebensmittelsteuer ist die ungerechteste, die Interessen der Arbeiter und Gewerbetreibenden am schwersten schädigende Steuer.

Unter der hereingebrochenen Krise hat die Arbeiterklasse bereits schwer zu leiden. Diese Nothlage wird verschärft durch die Vertreibung der Lebensmittel unter dem Druck der Zollerhöhung.

Die Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle bringt nur einer kleinen Gruppe — den Großgrundbesitzern — Vortheil. Diese kleine Gruppe hat durch die Liebesgabenpolitik des Reiches und der Einzelstaaten eine Bevorzugung erfahren, die nur dazu beigetragen hat, die Forderungen dieser kleinen Gruppe ins Ungemessene zu steigern.

Das Vorhandensein und die Erhöhung der Getreidezölle stellt sich auch als eine schwere Schädigung weiter Kreise der bäuerlichen Bevölkerung dar. Der zu erwartende geringe Ertrag der diesjährigen Ernte bedingt eine gesteigerte Getreideeinfuhr und ein Emporschnellen der Preise über die geplanten Zollsätze hinaus. Von der Preissteigerung wird der größte Theil der Landbevölkerung betroffen, am schwersten die Arbeiter und die Besitzer der bäuerlichen Anwesen, die zu klein sind, um den Jahresbedarf der Familie zu decken.

Die ergebnislos unterzeichneten ersuchen deshalb den hohen Reichstag, bei Berathung des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes die Getreide- und Lebensmittelzölle gänzlich beseitigen zu wollen, unter keinen Um-

fänden aber irgend einer Erhöhung derselben seine Zustimmung zu geben.“

Jeder erwachsene Staatsbürger, ob Mann oder Frau, Alle, die um des Lebens Nothdurft zu ringen haben, haben sowohl das Recht als auch das lebhafteste Interesse, ihre Namen unter die Petition zu setzen, um so der Regierung des Brotwuchererkurses zum Bewußtsein zu bringen, daß sie nicht wünschen, noch mehr Hungerzoll zu zahlen, daß sie vielmehr die Beseitigung aller Lebensmittelzölle fordern.

Die Arbeitslosen-Unterstützung.

J. S. Da uns über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Sattlergewerbe jeder genaue Anhalt fehlt, es auch kaum angebracht ist, die Erfahrungen anderer Organisationen einfluß zu übernehmen, so ist es schwer, Berechnungen über die zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nötigen Mittel anzustellen. Da aber bei unserer Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit entschieden werden soll, so ist wenigstens eine ungefähre Möglichkeitsberechnung am Platze.

Da bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im November 1901 ungefähr ein halbes Jahr und bei Einführung am 1. Januar 1902 ungefähr ein viertel Jahr nachher unsere ordentliche Generalversammlung stattfindet, so ist die Möglichkeit gegeben die in diesem Zeitraum gewonnenen Erfahrungen auf der Generalversammlung zu verwerthen und bei dieser Gelegenheit notwendig erwerbende Änderungen vorzunehmen. Wir halten diesen Umstand für günstiger, als wenn die Generalversammlung erst ohne weitere Unterlagen über die Einführung zu beschließen hätte.

Unser Mitgliederbestand betrug nach der letzten Abrechnung (1. Quartal 1901) 4826, das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1219. Nun sind aber im Laufe des Jahres 3050 Mitglieder beigetreten, es sind also 1881 Austritte und Ausschließungen zu verzeichnen gewesen. Von 6456 Mitgliedern (3406 am Schlusse des 1. Quartals 1900 und 3050 Neueintretenden) sind also mehr als ein Drittel ausgetreten. Wenn wir annehmen, daß die im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft befindlichen Kollegen den größten Procentsatz der Austrittenden stellen, und daß mit der längeren Dauer der Mitgliedschaft der Procentsatz fällt, so dürfte das zu treffen. Nehmen wir also an, von den Neueintretenden wären $\frac{1}{5}$ im Laufe des Jahres ausgetreten, wir würden dann noch 1880 Mitglieder haben, die noch nicht ein Jahr dem Verbands angehören, und da wir unbedingt an einer Karenzzeit von einem Jahr festhalten müssen, zum Bezug von Arbeitslosen-Unterstützung nicht berechtigt wären; es blieben also 2795 bezugsberechtigte Mitglieder übrig.

Die Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. würde bei 4826 Mitgliedern 24 050 Mk. pro Jahr einbringen. Nun soll aber diese Summe nicht vollständig für die Arbeitslosen-Unterstützung verauslagt werden, da wir auch für andere Zwecke mehr Geld nötig haben; nehmen wir also an, daß ungefähr $\frac{1}{2}$ dieser Summe, also 12 000 Mk. zur Auszahlung von Arbeitslosen-Unterstützung zur Verfügung käme.

Wir denken, daß wir die Unterstützung auf 1 Mk. pro Tag festsetzen, und daß die Bezugsberechtigung bei solchen Mitgliedern, die länger als ein Jahr dabei sind, vier Wochen, gleich 28 Tage und bei solchen, die länger als zwei Jahre Mitglieder sind, sieben Wochen, gleich 42 Tage betragen soll. Nehmen wir nun an, daß $\frac{1}{5}$ der Bezugsberechtigten vier Wochen und $\frac{1}{5}$ sieben Wochen zu beanspruchen hat, so könnten bei einer zur Verfügung stehenden Summe von 12 000 Mk. an 444 Kollegen die volle Unterstützung ausbezahlt werden und zwar an 148 für vier Wochen Berechtigte ($\frac{1}{5}$) 352 Mk. und an 296 für sieben Wochen Berechtigte ($\frac{1}{5}$) 12 482 Mk. Es wäre also finanziell möglich, jedem solchen bezugsberechtigten Mitglied die zustehende Unterstützung voll auszuzahlen. Auf eine Berechnung darüber, daß eine große Anzahl der Mitglieder nur einen Theil der bezugsberechtigten Zeit arbeitslos ist, und daß in Folge dessen an mehr Personen Arbeitslosen-Unterstützung bezahlt werden kann, können wir uns mangels jeder Unterlage nicht einlassen.

Ob diese Auszahlungsmöglichkeit mit der vorhandenen Arbeitslosigkeit übereinstimmt, ist schwer zu beurtheilen; die Erfahrung muß es lehren. Uebrigens halten wir es für selbstverständlich, daß erst vom achten Tage der Arbeitslosigkeit an Arbeitslosen-Unterstützung ausbezahlt wird.

Zur gemeinsamen Konferenz.

Auf die in Nr. 16 unserer Zeitung veröffentlichte Einladung an die Fabrikanten betreffs Besichtigung einer gemeinsamen Konferenz sind bisher folgende Antworten eingelaufen:

Berlin SO., den 1. August 1901.

Wir empfangen das w. Schreiben vom 26. Juli 1901 und haben von der Bereitwilligkeit der Firmen Franz Coban, Aug. Voh Söhne, A. G. und H. Wunderlich Nachf. an der gemeinsamen Konferenz Theil zu nehmen, Kenntniß genommen.

Unter diesen Umständen werden auch wir uns beteiligen und sind uns der in Vorschlag gebrachte Ort und die Zeit recht.

Hochachtungsvoll
H. Becker u. Co.

Berlin S. 42, den 21. August 1901.

Antwortlich Ihres gest. Schreibens vom 26. 7. cr. stehe ich noch auf demselben Standpunkt, wie in meinem Schreiben vom 30. Januar cr. mitgeteilt, wonach ich mich zur Teilnahme an einer Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — eventl. Anfang Oktober d. J. — bereit erkläre, sofern namhafte Militäreffekten-Fabrikanten nachweislich ihr Erscheinen zugesagt haben.

Hochachtungsvoll
A. P. Hoffmann.

Breslau, den 7. August 1901.

In ergebener Erwiderung Ihrer gefälligen Zuschrift vom 26. v. M. bin ich nicht abgeneigt, mich bei der in Aussicht genommenen Konferenz in Berlin zu beteiligen, vorausgesetzt, daß hierzu nicht nur Berliner, sondern auch auswärtige Fabrikanten möglichst vollständig erscheinen.

Ich bitte daher, mir zur Zeit nähere Angaben bezüglich der angemeldeten Teilnehmer sowie Termin der Konferenz gest. mitzutheilen und zeichne

mit Hochachtung
Gustav Steinmetz.

Dresden-Neustadt, den 1. August 1901.

Wir empfangen Ihr Schreiben vom 26. v. Mts. nebst Einlagen und teilen Ihnen mit, daß unser Herr Direktor Theile noch mehrere Wochen verreist ist, aber nach Rückkehr desselben werden wir die Schriftstücke vorlegen.

Achtungsvoll

Anten-Gesellschaft

Für Feder-Maschinenriemen- u. Militäreffekten-Fabrikation
vorm. Heinrich Theile zu Dresden.
gez. Emil Kühne.

Frankfurt a. M., den 14. August 1901.

Auf das Schreiben vom 26. Juli a. cr. theile ich im Anschluß an meine Ausführungen vom 21. Juni a. cr. mit, daß ich im Prinzip gern bereit bin, an der in Aussicht genommenen Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Militäreffekten-Branche teilzunehmen.

Ich benutze aber die Gelegenheit, um an dieser Stelle mein Erstaunen darüber auszusprechen, daß es nur der unbewiesenen Verdächtigungen eines Arbeitnehmers bedurft hat, der sich nachweislich hat hinreichend lassen, seinem Meister mit Gewaltthätigkeiten zu drohen, um die Organisationsleitung zu veranlassen, über meine Werkstätten i. Hessen die Sperre zu verhängen. Selbst unter weniger zivilisierten Völkern ist es Sitte, daß bei Streitigkeiten beide Parteien gehört werden, deshalb hätte sich die Organisationsleitung erst durch einen Vertrauensmann bei mir über den Sachverhalt informieren müssen, bevor sie einfach das Urtheil sprach und die Sperre verhängte.

Da meine Firma seit ihrem mehr als 30-jährigen Bestehen stets das denkbar beste Einvernehmen mit ihren Arbeitnehmern unterhalten hat, was leicht nachzuweisen ist, so ist dieses Vorgehen Ihrer Organisationsleitung sicherlich nicht geeignet, meine großen Sympathien für Ihre Organisation, welche Sie ja selbst anerkannt haben, zu vermehren.

Hochachtungsvoll
D. Sohn.

Freiberg (Sachsen), den 31. Juli 1901.

Im Besitze Ihres Schreibens vom 30. a. cr. kann ich leider der im Oktober stattfindenden Sitzung nicht persönlich betheiligen, doch sei Ihnen mitgeteilt, daß ich mich dem Tarife der Militäreffektensattler anschließe, sobald alle in der Majorität Ihre Zusage gegeben haben.

Achtungsvoll
Moriz Stecher.

Moyls-Grütz, den 19. August 1901.

Die gest. Zuschrift vom 26. 7. vermag ich erst jetzt zu beantworten, da ich durch Unwohlsein daran verhindert wurde. Wie ich Herrn Mühlensfeld in Barmen in derselben Angelegenheit bereits mitgeteilt, werde ich sehr gern, wenn es mein Gesundheitszustand legend erlaubt, der Konferenz betheiligen.

Hochachtungsvoll
Julius Arnade.

München, den 5. August 1901.

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 26. Juli theile ich Ihnen höflich mit, daß ich nicht beabsichtige, zu der von Ihnen einberufenen Konferenz in Berlin zu erscheinen. Erkens sind ja alle meine Arbeiter, was Arbeitszeit und Werkstoffordnung anbelangt, sowie auch mit der Bezahlung vollständig zufrieden und zweitens auch aus diesem Grunde, da ich sehr stark zweifle, ob es Ihnen gelingen wird, alle Fabrikanten zur Erscheinung dieser Konferenz zu gewinnen.

Sollte es Ihnen aber doch möglich sein, die Fabrikanten zusammenzubringen, so kann ich sie im Voraus versichern, daß ich ebenfalls auch ohne mein Erscheinen die Beschlüsse derselben, soweit es den dieselben Verhältnissen entsprechend möglich ist, anerkennen werde. Ich spreche Ihnen für Ihre Bemühungen, einmal eine Einigung zu Stande zu bringen, meine vollste Anerkennung aus und hoffe, daß Sie mir nach erfolgter Konferenz Bericht über das Resultat derselben zukommen lassen werden.

Jedenfalls ist es gut, wenn vor den im Dezember stattfindenden Submissionen darüber Klarheit geschaffen wird, welche Fabrikanten geionnen sind, sich der geplanten Vereinbarung anzuschließen und welche nicht.

Hochachtungsvoll
A. Bergmeier's Nachf.
gez. Kleinbeinz.

Offenbach a. M., den 1. August 1901.

Wir erklären uns mit dem Inhalt Ihres gebrachten Schreibens vom 26. v. M. einverstanden und bleiben der Mittheilung des Termins für die beabsichtigte Konferenz in Berlin gewärtig.

Hochachtungsvoll
Maurh u. Co.

Kölsdorf, den 10. August 1901.

An der Anfang Oktober beabsichtigten Konferenz in Berlin werde ich mich auch betheiligen. Sollten jedoch die Fabrikanten derjenigen Orte, wohin bislang die Aufträge hingewandert, hier sich nicht alle an der Konferenz betheiligen, so lege ich keine 5 Pfennige an und betheilige mich nicht, denn es hat ja keinen Zweck ohne Aufträge auf die Hauptstücke über Preise zu verhandeln. Ohne Ordres auf Tornister kann ich ja zehn Mark für den Tornister zusagen, dadurch verliere ich nichts und der Arbeiter gewinnt nichts. Also für mich hat die Konferenz nur Zweck, wenn wenigstens der weitaus größte Theil der Fabrikanten zusagt, an der Konferenz sich zu betheiligen, welche bislang die Ordres auf die Tornister erhalten haben, d. B. Freiberg, Breslau, Elberfeld, Karlsruhe, Kirchheimbolanden, Kaiserslautern, Priesenheim-Friedberg, Straßburg i. Elz., Ulm a. d. Donau u. c. Sind diese nicht mit dabei, so erschweren wir uns selbst noch mehr die Sache. Ich sehe also hierüber f. Zt. einem Bericht entgegen.

Achtungsvoll
Sammerbach.

Schöneberg, den 2. August 1901.

Antwortlich der gest. Zuschrift vom 26. Juli 1901 werde ich an der beabsichtigten Konferenz teilnehmen.

Achtungsvoll
Emile de la Croix.

Straßburg i. E., den 9. August 1901.

Auf die Zuschrift vom 26. Juli d. J. theile ich Ihnen mit, daß ich nicht abgeneigt bin, an der geplanten Konferenz teilzunehmen, die aber nur dann stattzufinden und Zweck hat, wenn sich die Mehrzahl der betr. Fabrikanten daran betheiligen.

Achtungsvoll
Julius Jansen.

Diese Antworten sind denjenigen Eingeladenen, die bisher noch nicht geantwortet haben, mit folgendem Begleitschreiben übermittelt worden:

Im Anschluß an die Ihnen übersandte Einladung zu einer gemeinsamen Konferenz der Militäreffekten-Fabrikanten und Arbeiter erlaube ich mir, die bisher eingelaufenen Antworten zur Kenntnis zu bringen und Sie ergebet um Sie ergebet um Ihre zusage Antwort möglichst umgehend zukommen zu lassen.

Hochachtungsvoll

Die Tarifkommission der Militäreffektensattler Deutschlands. Außer den in Nr. 16 aufgeführten Firmen sind nachträglich noch eingeladen worden:

M. B. Meier, Elberfeld.
Harle u. Comp., Barmen.
Deuter, Barmen.
Sattler-Zunftung Chemnitz.

Bur Beitragserhöhung.

Mit dem Vorschlag, den Kollege Mauerer in voriger Nummer machte, d. h. die Urabstimmung über die Beitragserhöhung mit einer solchen betr. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu verbinden, bin auch ich einverstanden.

Wir haben gesehen, daß eine ganze Anzahl Verwaltungsstellen nur unter der Bedingung der Beitragserhöhung zustimmen wollen, wenn der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung näher getreten wird. Dieser Ansicht wird sich der Zentralvorstand auch nicht verschließen können, trotzdem Kollege Sassenbach diese Frage jetzt nicht behandelt haben möchte. Er meint, wir erhöhen den Beitrag zweimal um je 5 Pf., daß aber eine zweimalige Erhöhung in kurzem

Zeitraum einen großen Theil der Mitglieder bestimmen muß, das mühte Kollege Sassenbach doch auch einsehen.

Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß der Vorschlag des Kollegen Mauerer aus verschiedenen Gründen zu unterstützen ist. Vor allem würde eine Erhöhung um 10 Pf. und Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung meiner Ansicht nach nicht den Verband schädigen, sondern im Gegentheil, der Mitgliederbestand und mithin auch die Einnahmen würden nicht unerheblich steigen. Den Einwand, daß die Kollegen an kleinen Orten den Beitrag nicht bezahlen könnten, hat schon Kollege Mauerer widerlegt. Ich glaube behaupten zu können, daß viele Kollegen mit Freuden 30 Pf. bezahlen, — wenn die Arbeitslosen-Unterstützung bestände —, die jetzt nur widerwillig 20 Pf. bezahlen. Die vielen Streichungen wegen restirender Beiträge, die letzter jedes Quartal zu beobachten sind, würden dann mehr vermieden werden. Jeder Kollege müßte sich dann sagen, halt, ich verliere den Anspruch, ich muß wieder eine Karenzzeit bestehen u. Die Interessenlosigkeit würde dann, wenn nicht ganz und gar beseitigt, so doch einigermaßen behoben werden.

Es ist eine traurige Thatsache, die jedoch nicht abgeleugnet werden kann, daß viele Kollegen, wie schon angedeutet, mehr oder weniger untreuhäßig dem Verband angehören. Von solchen Kollegen kommt man Keuerungen zu hören, wie: Was nützt mir der Verband? Nehmt lieber einen Groschen mehr und bietet einem im Nothfalle eine Kleinigkeit.

Es wurde von Nürnberger Kollegen gesagt, daß wir dann nach Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung kein Kampfverein wären. Mir will dies absolut nicht einleuchten. Ich meine, wenn wir eine stärkere Organisation und stärkeren Kampf haben, so würde man doch eher einen erfolgreichen Lohnkampf durchführen können, als jetzt, wo wir erst einige empfindliche Niederlagen erlitten haben. Und sind die übrigen Gewerkschaften, die Arbeitslosen-Unterstützung haben und zum Theil an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung stehen, sind das etwa bloße Unterstützungsvereine? In Deutschland haben bereits 19 Gewerkschaften eine Arbeitslosen-Unterstützung, und sie hat sich überall gut bewährt. Warum sollte es uns Sattlern nicht möglich sein, eine solche zu schaffen. Die Möglichkeit ist gegeben, wenn nur der gute Wille da ist. Bei der vorigen Abstimmung wurde die Sache schon, allerdings mit knapper Majorität, angenommen. Das Verlangen, das Bedürfnis ist da; mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß die jetzige Urabstimmung nach dem Vorschlage des Kollegen Mauerer vorgenommen wird.

Hier plant man eine Zentralfaktion der Berliner Filialen mit Anstellung eines besoldeten Beamten. Auch Gauentheilung mit besoldeten Gauvorständen wird vorgeschlagen. Ich meine, alle diese Fragen müssen jetzt in den Hintergrund gestellt werden, bis unsere beiden Lebensfragen, Beitragserhöhung in Verbindung mit der Arbeitslosen-Unterstützung zur Zufriedenheit der Mitglieder und zum Wohle der Organisation ihre Erledigung gefunden haben.

A. Weisk, Berlin.

Militärem a. Fabr. Unsere am 11. August stattgefundene Mitgliederversammlung war leider, wie so viele vorhergehenden, schwach besucht. Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Keffels 1., Distler 2. Vorsitzender, Eiber 1., Steinberg 2. Kassirer, Drexler 1., Koch 2. Schriftführer, Distler und Wohlschlag 1. Kassirer und Bibliothekare. Ins Kartell gewählt: Drexler, Koch und Steinberg. Ueber die Beitragserhöhung wurde eine ziemlich erregte Debatte geführt. Einige Kollegen führten aus, daß erst dann eine Besserung eintreten wird, wenn erst eine zwei Beitragsklassen eingeführt würden und traten energisch für die Arbeitslosenversicherung ein. Es wurde nachstehende Resolution eingebracht und den andern Filialen zur Diskussion empfohlen:

„Unterzeichneter erklärt sich mit der Beitragserhöhung einverstanden, jedoch unter der Bedingung, daß die Beiträge in zwei Klassen eingetheilt werden, entweder nach dem Lohnsatz, oder es bleibt dem Mitglied überlassen, welcher Klasse es angehören will. Es müßte in der ersten Klasse ein Beitrag von 40—50 Pf., in der zweiten Klasse ein solcher von 20 bis 30 Pf. erhoben und dementsprechend eine Unterstützung eingeführt werden.“

Stettin. Am 10. August fand eine Versammlung statt, in der über die Erhöhung der Beiträge debattirt wurde, wobei alle Stimmen bis auf eine gegen eine Erhöhung der Beiträge waren. Es wurde betont, daß in Stettin wie in manchen anderen Filialen die jetzigen Verhältnisse eine Beitragserhöhung nicht zulassen, da es bei dem jetzigen Verdienste manchem Kollegen schwer wird, die 20 Pf. zu entrichten. In diesen Filialen ist in absehbarer Zeit eine allgemeine Verbesserung der Verhältnisse nicht durchführbar und mit Rücksicht darauf auch die Beitragserhöhung nicht erwünscht, denn bei Einführung derselben würden manche Filialen eingehen. Die Kollegen, die jetzt so warm für die Beitragserhöhung sind, mögen ja in der angenehmen Lage sein, mehr leisten zu können, und verdienten dieses jedenfalls dem Verband, so z. B. die Militäreffekten-Sattler und diejenigen, die in großen Betrieben arbeiten, welche durch geschlossenes Vorgehen schon bessere Bedingungen erreicht haben und sich diese auch nicht entreißen lassen werden, die können auch höhere Beiträge zahlen, während an solchen Orten, wo lauter Kleinmeister mit einem oder zwei Gesellen existiren, von denen noch drei Viertel unorganisirter sind, und dadurch die Erringung besserer Bedingungen nicht möglich ist, die jetzigen Beiträge doch genug sind, daß dieselben

von den Betreffenden so weiter gezahlt würden. Folgendes wurde beschlossen:

„Die am 10. August tagende Versammlung der Filiale Stettin ist gegen eine Erhöhung der Beiträge, da für die jetzigen Verhältnisse 20 Pf. für manchen Kollegen schwer zu zahlen sind, und eine Verbesserung der Verhältnisse in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.“

Es wurde noch daran erinnert, daß die Meister an ihr Versprechen zu erinnern sind, und sollte hiermit der Gesellenauschuß beauftragt werden. Es stellte sich heraus, daß der Gesellenauschuß fast aufgelöst ist, und wurde beschlossen, die Neuwahl desselben zu veranlassen.

Eingesandt.

Die Resolution in Nr. 15 sowie die Artikel in Nr. 16 unserer Zeitung zwingen mich dazu, noch einmal einige Worte zu schreiben. Zur Resolution der Werkstatt-Versammlung von Wunderlich Nachf. in Blankenburg erkläre ich hiermit:

„Ebenso wie in Nr. 14 in der Bemerkung zur Abrechnung über den Eiberfeld-Barmer Streik behaupte ich auch heute noch, daß in dortiger Fabrik ein großer Theil Arbeit für hiesige Fabrikanten angefertigt (ungehemmt) worden ist.“

Kritik an irgend einer Behauptung zu üben und einschüchternde Resolutionen zu fassen, ist sehr leicht; das man aber den Beweis bringe, daß keine grüne Arbeit für hier angefertigt worden ist, das ist nicht nothwendig. Bei der Abfassung der Bemerkung — ich wiederhole es nochmals — lag mir jeder Gedanke, auch im geringsten persönliche Kritik zu üben, fern, ich hätte sonst ganz anders schreiben können. Ich wollte nur zeigen, wie unfinnig es ferner ist, an einem Orte in unserm Berufe zu streiken, da die Fabrikanten es sehr leicht haben, an dem andern Orte — ohne Wissen der Kollegen natürlich — ihre Arbeit fertigstellen zu lassen.

Der Tragweite bezw. Verantwortlichkeit des betr. Artikels war ich mir wohlbewußt; ich habe auch nicht nur einer Seite geglaubt, sondern, da mir die Sache von dritter Seite bestätigt wurde, habe ich mich zur Veröffentlichung entschlossen. Von mir hätte man den Namen des Briefschreibers niemals erfahren. Er hat sich ja nun selbst genannt; ich hätte höchstens den Brief veröffentlicht ohne Unterschrift.

In dem Artikel in Nr. 16 wird angeführt, daß **wissenschaftlich** keine Arbeit für hier angefertigt worden. Ja, wer hat denn dies behauptet? Das wäre doch ein bisschen allzu beleidigend. Auf die weiteren Ausführungen wird wohl E. Sagna selbst antworten, wenn ihm nicht von der Redaktion wieder Schwierigkeiten gemacht werden. Dies mein letztes Wort in der Sache.

Eiberfeld, den 20. August 1901.

Willy Berwies.

Zur Erwiderung der Filiale 4 (Berlin).

Die in Nr. 16 unserer Zeitung über mich geübte Kritik sowie die öffentliche Bezeichnung als **schmutzige Handlung**, die ich begangen haben soll, indem ich Wahrheiten und auf Wahrheit beruhende Thatsachen veröffentlicht habe, möchte ich bitten, nicht so laut in die Öffentlichkeit zu posaunen und nicht so übereilt ins Gehecht zu geben. Glaubt denn die Zeitung der Filiale 4, daß ich als langjähriges Mitglied mir das zu Schulden kommen ließe und die Kollegenschaft einer Filiale mit Unwahrsheiten beleidigte? Dann hätte ich meinen Namen nicht dem Vorstande der Filiale 4 angegeben.

Ich habe mir nach unserer Zeitung die Verhältnisse in Berlin ganz anders vorgestellt, als sie wirklich sind. Ich dachte, ich komme bei der Firma Wunderlich Nachf., Uinkstr. 22, in eine Musterbude, aber leider war ich meines Wissens nach der dritte organisirte Kollege dort. Ich habe dieses auch dem Vorstand der Filiale 4 unterbreitet. Ich gebe auch zu, daß ich aufgefordert bin, eine Werkstellen-Versammlung anzuordnen. Ich hatte auch bereits das Lokal bei Kollegen Kopsberg, Adalbertstr. 5, festgemacht, wurde aber zwei Tage vorher entlassen, weswegen ich noch mit genannter Firma einen längeren Prozeß hatte. Es war mir also nicht möglich, während meiner vierwöchentlichen Beschäftigung andere Verhältnisse zu schaffen, zumal schon unter den dort Arbeitenden ein Vertrauensmann Namens Fischer war. Auf die Streikarbeit zurückzukommen; wollen denn die Berliner Kollegen daraus nicht zugeben, daß die grüne Arbeit in Berlin von der Firma Wunderlich Nachf. angefertigt worden ist? Von wo ist denn die Arbeit in großen Rufen nach Uinkstr. 22 gebracht worden? Wie kommt es, daß gerade diese Arbeit nach Uinkstr. 22 gebracht und dort mit Firma Clemen-Eiberfeld und Mühlensfeld u. Comp. Barmer gestempelt wurde? Ruß sich da nicht jeder unparteiisch denkende Kollege sagen, daß die Sache nicht in Ordnung ist? Ruß man dann einen Kollegen, der die Sache aufdeckt, als schmutzig bezeichnen? Zumal in Barmer ein Fabrikant selber gesagt hat, daß er jetzt Niemanden braucht, da die Arbeit in Berlin gemacht worden ist. Den Ausdruck von Schmutzigkeit hätten sich die Betreffenden

Jedenfalls sparen können, da ich während meiner viertwöchentlichen Beschäftigung in Berlin keine Streikarbeit (wissentlich oder unwissentlich) angefertigt habe. Ich möchte doch die Betreffenden bitten, öffentlich bekannt zu geben, wo die Arbeit gemacht worden ist. Ich will sämtliche Augenzeugen anführen, die ich noch mit Namen kenne: Scholz, Neumann, Lot, Majewski, Bruns. — Sämtliche, wenn zum Teil auch indifferente Kollegen, wissen den Sachverhalt, ebenso der Ruischer und sämtliche Pader genannter Firma, welche ich nicht mit Namen kenne. Doch ist es für die Berliner Kollegen ein Verleumdung, sich bei Betreffenden zu erkundigen. Ferner wird mir zur Last gelegt, ich hätte die Sache nicht frühzeitig gemeldet. Ich habe sofort die Streikleitung in Elberfeld benachrichtigt und andern Tags bei meiner Abmeldung dem Kassierer der Filiale 4, Kollegen Hildebrand, die Sache gemeldet, welcher mir es natürlich abstritt. Ich hatte auch vor 5 Wochen bereits ein Eingefandt darüber dem Zentralvorstandsenden übersandt, welches er leider, um Heiberelen zu verhüten, nicht veröffentlichte. Ich sehe mich insofern solcher Zurüstungen genöthigt, mich zu verantworten und mit der Wahrheit an die Öffentlichkeit zu treten, wenn sie auch von gewissen Seiten geachtet wird. Zuletzt prahlt man mit einem Eifermuth der Berliner Kollegen. Das bezweifelt Niemand. Natürlich hätten die Berliner Kollegen nochmal so viel Neuren können, wenn sie für die Betreffenden die Arbeit machen. Und das wissen die Kollegen von Elberfeld-Barmen am besten, als der Streik zu Ende und die Arbeit fertig war. Und wo ist sie gemacht worden??

Auf Antwort wartet der „schmutzige Kollege“

Paul Snaga.

Verband der Sattler und verm. Berufsgenossen.

Sachverhalt.

Die Abrechnung über das 2. Quartal steht noch von folgenden Verwaltungsstellen aus:

Barmen, Charlottenburg, Danzig, Detmold, Dresden, Forst, Koburg, Kolberg, Köln, Königsberg, Mainz, Oldenburg, Posen, Stragburg, Worms.

Der Vorstand.

J. A. Joh. Sassenbach.

Abrechnung vom 21. August bis 4. September 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Bittau 10,—, Chemnitz 70,—, Breslau 100,—, Mühlheim a. Ruhr 20,—, Stuttgart 55,—, Hamburg II 25,— M. Summa 280,— M.

Eintrittsgeld v. Einzelmitgliedern: G. Büchner-Wittstock 0,50, P. Korupta-Bieraden 0,50, J. Riedke-Neuenhaus 0,50, A. Eulenfeld-Schöllene 0,50 M. Summa 2,— M.

Beiträge von Einzelmitgliedern: E. Partner-Wilkenfeld 1,50, A. Jungmann-Schmidt 5,—, (L. Maas 2,50, G. Runert 2,50, (Hesse) J. Schwarzer-Helmstedt 2,—, A. Anger-Rietzenhof 2,—, H. Thimo-Frederberg 2,40, F. Ströb-Gelting 2,50, G. Jörn-Coblenz 1,—, A. Hinge-St. Krol 5,—, A. Eiding-Queblinburg 3,—, (E. Wermund 2,—, F. Tisch 1,50, Düsseldorf) G. Büchner-Wittstock 1,—, P. Korupta-Bieraden 0,50, A. Stragburg-Eppingen 10,—, A. Schmidt-Helmstedt 3,—, S. Mendede-Landsberg 2,—, F. Friedel-Rohltz 2,50, A. Rüstland-Simmern 0,50, J. Riedke-Neuenhaus 1,—, A. Eulenfeld-Schöllene 0,50, F. Schwarz-Queblinburg 3,—, F. Stobbe-Reck 1,—, W. Litwin-Saarlouis 3,20, D. Weigner-Ohlen 4,—, A. Neumann-Behrendt 1,20 M. Summa 66,80 M.

Für die im Streik gewesenen Militärsattler in Berlin: Berlin IV 22,45 M.

Für Dresden: Dortmund 8,55 M.

Für die im Streik gewesenen Militärsattler in Elberfeld: Stragburg 10,— M.

Georg Standke, Hauptkassier.
Berlin SO.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Nachtrag zum Adressen-Verzeichniß.

Magdeburg. B. Gerlich-Helm, Gärtnerstr. 1, II.
L. H. H. K. Fr. Buecher, Weinmühlendamm 99, I.
Hamburg. V. Zum Spitalhof, Spitalhof Nr. 5. K. Körrer, Siegelgasse 12, II.
Breslau. I. Vertrauensmann W. Lux, Döberstr. 80, IV. (7-8, Sonnt. 12-1.)

Mittheilungen der Agitations-Komites.

Bericht des Agitations-Komitees Schönsberg.

Die Thätigkeit der Filiale Berlin VI. Nachtrag. Die Kommission der Filiale VI (Wagen-Sattler) hatte im Frühjahr in 4 Sitzungen mit der Branchen-Kommission der Berliner Sattler-Jungung folgende Angelegenheiten vereinbart, die schriftlich festgelegt sind: 1/2 Std. tägliche Arbeitszeit, 10 PSt. Zuschlag zum Stundenlohn,

5 PSt. Zuschlag für Uebertunden und das Versprechen, daß wegen der Feyer des 1. Mai keine Maßregelungen stattfinden sollen.

Soweit sich überleben läßt, sind diese Bestimmungen eingehalten.

Außerdem ist von beiden Seiten für das nächste Frühjahr die 9stündige Arbeitszeit in Aussicht gestellt, wenn es die geschäftliche Konjunktur irgend zuläßt.

Sache unierer Koll-gen wird es sein, durch geschlossene Organisation im nächsten Frühjahr den nöthigen Nachdruck zu geben.

Bericht und Abrechnung des Agitationskomitees von Saden-Nord

vom 1. Februar bis 30. Juni 1901.

Auch dieser Bericht kann in Kürze gegeben werden. Es wurden mehrere Agitationstouren unternommen, die aber den gewünschten Erfolg nicht hatten. Nur in Frankenthal (Pfalz) konnten wir fünf Einzelmitglieder der Verwaltungsstelle Mannheim zuführen. In den Städten Heidelberg, Weinheim, Neustadt und Pafloch konnten wir bis jetzt nichts erzielen. Auch einige Werkstat-Versammlungen wurden abgehalten, die erste von der Koffer- und Reiseartikel-Fabrik Ruhn u. Aulbach, wo mehrere ältere Kollegen beschäftigt sind. Trotz der schlechten Löhne und Arbeitsverhältnisse ist die Mehrzahl der dort Beschäftigten für unsere Organisation nicht zu haben. Eine weitere Werkstat-Versammlung fand von der Werkstelle Sabin statt, in der sich die noch nicht organisierten Kollegen zur Aufnahme meldeten. Es ist also in diesem Agitationsbezirk noch viel Arbeit nöthig, hauptsächlich in der Stadt Mannheim.

Unsere Klassenverhältnisse sind folgende:

Abrechnung vom 1. Quartal 1901.

Einnahmen.	
Bestand vom vorigen Quartal	35,98 M.
Der uns zutreffende Betrag (10 PSt.)	25,38 "
Summa	61,36 M.

Ausgaben.

Für Porto und Schreibmaterial	1,57 M.
Entschädigung an den Obmann zur Konferenz nach Rattlerklautern a) Fahrgehalt	3,80 "
b) Diäten	4,00 "
Agitationstouren nach Frankenthal, Heidelberg, Wein- heim, Pafloch und Neustadt	8,00 "
Summa	16,87 M.

Bilanz.

Einnahme	61,36 M.
Ausgabe	16,87 "

Bleibt Bestand 44,49 M.

Obmann: Friedrich Henkler. Kassier: Max Herbst.

Bericht über die Thätigkeit des Agitationskomitees für Hessen, Hessen-Nassau.

Seit unserem letzten Bericht ist schon über ein Jahr verfloßen, sodas wir eigentlich eine Berichterstattung abgerangen haben. Von einer großen Agitation in unserem Bezirke nahmen wir von vornherein Abstand, und war unser Bestreben darauf gerichtet, die bestehenden Filialen auf die Höhe zu bringen, auf der sie sein sollen; die Aufnahme einer Statistik sollte damit verbunden werden, was uns aber nur zum Theil gelang.

Da sind vor allen die Filialen Darmstadt, Mainz und Worms, wo mit dem besten Willen und der größten Aufopferung nichts anzufangen war. Die Hauptursache liegt in dem Uebel, daß in den genannten Filialen die Zu- und Abreise der Kollegen eine stetige Erscheinung ist und daher sich kein „Kernmitgliederkamm“ bilden kann. So fanden voriges Jahr Versammlungen statt in Darmstadt, wo ganze 8 Kollegen erschienen, und in Mainz und Worms. In letzterer ist es noch schlimmer. Schäfer, trotzdem er nicht mehr im Gewerbe arbeitet, der sich sehr viel Mühe giebt. Daß aber bei solchen Zuständen von einer fräftigen Bewegung, z. B. der von uns geplanten gänzlichen Abschaffung des Koll- und Loge-unwesens in den oben genannten Orten nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand.

In Frankfurt wurde eine Statistik aufgenommen, die aber nicht als ganz richtig bezeichnet werden kann. Es ist darüber schon des näheren von Frankfurt selbst berichtet worden. Die örtliche Agitationskommission hat namentlich im 2. Halbjahr 1900 fleißig gearbeitet zum Theil mit Erfolg, und muß lobend hervorgehoben werden, daß die Berichterstattung über das Geleistete regelmäßig erfolgt.

Durch die Lohnbewegung der Offenbacher Galanteriesattler, in der auch Derrad und Frankfurt mit eingezogen wurden, stellte natürlich das Komitee seine gesammte Kraft der Bewegung zur Verfügung. Die ganze Art und Weise, wie dieselbe vor sich ging, ist in einem Artikel von Seiten der Lohnkommission schon klar gelegt und erübrigt uns nur zu betonen, daß man aus dieser Bewegung so manche nützliche Lehre ziehen kann.

Auf Grund der erfolgten Tarifvereinbarung der Berliner Militärsattler gingen wir, wie schon oft, auch an die hiesigen Militärsattler heran, gaben uns alle erdenkliche Mühe, wobei wir

1. Aufl. Das Mitglied Friedrich Max Fischer aus Kulmbach wurde in unserer letzten Mitglieder-Versammlung aus dem Verband ausgeschlossen. Selbiger hatte im vorigen Sommer in Uetersen als Arbeitswilliger gearbeitet.

Magdeburg. In unserer regelmäßigen Mitglieder-Versammlung vom 24. August cr. erhielt zum ersten Punkt, Stellungnahme zu den Gewerbebestimmungen, Kollege Thiem das Wort. Er sprach sich in Kürze dafür aus, daß es unsere Pflicht sei, zu den Gewerbebestimmungen Stellung zu nehmen, wenn wir unser Recht geltend machen und unsere Gewerkschaft nicht in Rückstand setzen wollen. Es wurden zu Gewerbebestimmungen die Kollegen Bahsel und Thiem vorgeschlagen. Kollege Perken brachte den Bericht vom Agitations-Komitee für das erste Halbjahr. Hierauf entspann sich eine längere Diskussion. Kollege Thiem wurde zum Vorsitzenden gewählt. Unter Verschiedenem machte Kollege Jörgler bekannt, daß in der letzten Vorstandssitzung 20 Mk. für die freitenden Glasarbeiter und 10 Mk. für das Gewerkschafts-Kassettell aus der Lokalkasse bewilligt worden sind. Ferner brachte er noch den Vorschlag, monatlich 25 Pfg. Beitrag für die Lokalkasse zu zahlen und davon die freitenden Gewerkschaften zu unterstützen, denn es seien viele Kollegen vorhanden, die bisher wenig oder garnichts zu den Streiksammlungen gezahlt hätten; diese würden dadurch gezwungen, ihr Scheitern dazu beizutragen. Als sich mehrere Kollegen dagegen ausgesprochen hatten, brachte Kollege Bahsel den Vorschlag, wöchentlich 5 Pfg. Beitrag zu zahlen, ein. Auch dieser Vorschlag fand keinen Anklang. Darauf stellte Kollege Liebau den Antrag, vorläufig, um zu sehen, ob es sich bewährt, 10 Pfg. Beitrag monatlich anzunehmen. Dieser Antrag wurde mit 38 gegen 2 Stimmen angenommen.

Mühlheim a. Ruhr. Am Sonntag, den 18. August, tagte in unserem Vereinslokal eine öffentliche Sattler- und Tapezierer-Versammlung, welche trotz des schönen Wetters sehr gut besucht war. Kollege Berwies-Gesfurt, welcher das Referat halten sollte, kam leider infolge nachlässiger Leitung und Vergeßlichkeit unser. s. Vorstandes zu spät. An seiner Stelle hatte ein Kollege der Duisburger Tapezierer das Referat übernommen, welcher uns in einer 1/4 stündigen Rede, die traurige Lage unseres Gewerbes vor Augen führte. In trefflicher Weise gelangte er die Nachlässigkeit der Kollegen, welche schon bei einem Lohn von 21 Mk zufrieden seien, beleuchtete die Verhältnisse der Kollegen, welche noch bei den Meistern in Kost und Logis sind und forderte die anwesenden Kollegen auf, sich alle dem Verbands anzuschließen. Da der mittlerweile eingetragene Referent von seinem Referat Abstand nahm, um den Eindruck des Vortrags nicht zu verwischen, wurde in eine Diskussion eingetreten. Dieselbe verlief sehr anregend. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden, sich dem Verbands anzuschließen, meldeten sich sieben Mann, sodas wir für die Zukunft geklärt in den Kampf ziehen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige öffentliche Sattler- und Tapezierer-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht, in jeder Weise für den Verband thätig zu sein.“

Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

München Kollege Mauerer von hier tritt am 7. September eine Agitationstour an und wird am 7. September in Regensburg, am 9. in Bayreuth, 10. Coburg, 11. Würzburg, 12. Offenbach, 13. Frankfurt, 15. Mannheim, 19. Straßburg, 20. Karlsruhe, 21. Stuttgart, 22. Reutlingen, 23. Ulm sprechen. Am Wege liegende Verwaltungsstellen, die noch einen der freien Tage benötigen wollen sich möglichst umgehend an Georg Mauerer, München, Sonnenstraße 43, I, wenden.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedsspruch in Bezug auf die Hamburger Akkordmänner hat eine ziemlich Aufregung in gewerkschaftlichen Kreisen hervorgerufen und man ist von verschiedenen Seiten bemüht, die günstige Gelegenheit zu benutzen, um zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eine Entfremdung herbeizuführen. So steht der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker über diejenigen Redakteure von Gewerkschaftsblättern her, die noch nicht für nötig hielten, über den Schiedsspruch im verurteilenden Sinne zu schreiben. Er meint: „Es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn der in Frage kommende Theil der Gewerkschafts-Presse zu dieser nun zum zweitenmale innerhalb kurzer Zeit von Seiten des Herrn Auer erfolgten Erklärung der Gewerkschaften schweigen würde, die Worte der beiden Soldaten in Wallensteins Lager: „Schad' um die Deut'! sind sonst wahrer Brüder, aber das denkt wie ein Seifenfieder“ finden dann eine zweckentsprechende Anwendung auf die Leiter dieser Blätter.“

Wir meinen, daß wir uns hüten sollen, die Sache unorthodoxer Weise aufzudampfen; sowohl die Gewerkschaften wie auch die sozialdemokratische Partei machen es sich zur Aufgabe, für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken; sie geben denselben Weg und haben sich bisher gegenseitig nicht gehindert, sondern unterstützt und ergänzt. Mag man auch den jetzigen Schiedsspruch nicht für richtig halten, so kann man doch nicht behaupten, daß das Schiedsgericht die Absicht hatte, die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen; damit fällt auch die Veranlassung fort, Gegenstände zu schaffen und Partei und Gewerkschaft gegeneinander auszuspielen. Einer Kritik des Schiedsspruches steht selbstverständlich nichts im Wege, doch darf sich die Sache nicht zu Gegensätzen zuspitzen.

Krankenkassenwesen.

Die Zahl der Krankenkassen im Jahre 1899 belief sich nach dem letzten Vierteljahrsbericht des reichsstatistischen Amtes auf 22 872 gegen 22 607 im Jahre zuvor. An der Zunahme sind besonders die Betriebs- und Fabrikkrankenstellen beteiligt, deren Zahl sich von 7189 auf 7944 erhöht hat. Der durchschnittliche Mitgliederbestand aller Kassen betrug 9 155 682 gegen 8 770 057 im Jahre 1898 und 8 337 119 im Jahre 1897. Es hat also gegenüber dem vorausgegangenen Jahre eine Zunahme um rund 395 000 Mitglieder oder 4,4 pCt. stattgefunden. Die Zahl der Erkrankungsfälle ist gegenüber dem Jahre 1898 von 302 593 auf 3 476 076, die der Krankentage von 58 201 173 auf 60 406 683 gestiegen, so daß auf ein Mitglied 0,38 (1898 0,34) Erkrankungsfälle und 6,60 (6,07) Krankentage entfallen. Die absolute und relative Zahl der Krankheitsfälle und Krankentage war größer als in einem der vorausgegangenen Jahre. Auch die Krankheitskosten sind sehr erheblich gestiegen; sie beliefen sich auf 145,3 Mill. Mark gegen 128,1 im Jahre 1898, so daß auf jedes Mitglied 15,87 (1898 14,60) Mt. Krankheitskosten entfallen. Die Beiträge, einschließlich der Zusatzbeiträge und der Eintrittsgelder, die mit 145,2 Mill. Mark im Jahre 1898 die Krankheitskosten noch um mehr als 17 Mill. Mark überstiegen, waren im Jahre 1899 mit 154,7 Mill. Mark nur noch um 11,4 Mill. Mark höher als die Krankheitskosten. Die gesammten Einnahmen der Krankenkassen betragen 194,7 (1898 180,5) Mill. Mark, die gesammten Ausgaben 161,7 (142,9) Mill. Mark. Der Ueberschuß der Aktiva über die Passiva betrug 152,4 Mill. Mark gegen 147,8 im Jahre 1898 und 24,3 im Jahre 1894. Davon entfallen 66 Mill. Mark auf die Betriebs- bzw. Fabrikkrankenstellen und 64,6 Mill. Mark auf die Ortskrankenstellen. Unter den Aktiven befanden sich Reservefonds in Höhe von 138,4 Mill. Mark.

Gewerkschaftshaus

Engelstr. 15. Besamiräumen. Engelstr. 15.

Sonnabend, den 12. Oktober 1901:

13. Stiftungs-Fest

des
Verbandes der Sattler Deutschlands
filialen Berlins.

CONCERT

Sängervorträge des Sängervereins der Sattler.

Aufführung der Berliner Volkslied-Gesellschaft
„Liederkreis“.

Lesung, gehalten vom Kollegen Dr. Pörsch.

Während der Vorstellung:

Sang in unteren Saal.

Nach der Vorstellung:

Sang in beiden Sälen.

Um 1 Uhr: Kaffeepausen. — Während derselben:

Sprüche und Sängervorträge.

Eröffnung 8 Uhr. Anfang präc. 8 1/2 Uhr.

Herren-Billet 60 P. Damen-Billet 40 P.

Verband der Sattler u. verw. Berufsgenossen. filialen Berlins.

Sonntag, den 15. Oktober 1901:

Extra-Vorstellung in der Urania.

„Aus dem Tagebuch der Erde.“

Beschließung der Sätze 4 Uhr. Anfang der Vorstellung präc. 5 Uhr.

Billetts à 60 Pfg. sind in sämtlichen Versammlungen zu haben.

Um rege Beteiligung ersucht

Das Komitee.

Züchtung! Kollegen!

Vom 17. August 1901 befindet sich unser Bezirkslokal in neuen Gewerkschaftshaus, am Schwimmbad 810 und Stolzeht. 13 15. Wir machen besonders die zur lieben Kollegen s. raus aufmerksam, daß sich die Herbergs Stolzeht. 13 15 befindet, Arbeitsnachweis und Hilfe-Vereinigung befindet.

Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

Die Berliner Kollegen und ihre Damen treffen sich jeden Freitag Abend im Garten des Gewerkschaftshauses.

Lederwaaren

Fabrikations-Geschäft

unter günstigen Bedingungen zu verk. gesondertes Capital ca. 5000 Mk. Off. unt. E. S. 1912 Annon. Gsch. E. Schenwald, Stritz.

München

Unsere Herbergs befindet sich Spitalhof Nr. 5 bei Leonhard Hofmann, Restauration zum Spitalhof. — Die Unternehmung wird ausgeführt beim Hofbräuerei, Belegkarte Nr. 12, 11. 11.

Ladewig's Bier-Stuben

Commandantenstr. 65.

Vorzügliches Weiß- und Bitter-Bier.

Vorzugsstimmer für 40 Personen.

Franz. Billard.

Telephon.

Zapfstelle der „Bieren Volkshaus“.

Fachschriften u Lehrbücher

für Handwerker u. Gewerbetreibende
Kataloge gratis franko
JOH. SASSENBACH, Bucher-Verlag, L. u. N.